

Koalitionsverhandlungen: Budgetloch und Einigungen bei Reformen im Fokus!

Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS laufen bis 12. Dezember. Budgetproblematik bleibt zentraler Streitpunkt.

Wien, Österreich - Inmitten intensiver Koalitionsverhandlungen, die von einem riesigen Budgetloch geprägt sind, stehen die Parteien unter Druck, schnelle Lösungen zu finden. Ein Zeitplan sieht vor, dass alle Untergruppen bis zum 12. Dezember ihre Berichte vorstellen sollen. Diese werden daraufhin von der Steuerungsgruppe bewertet, um festzustellen, wo Einigungen erzielt wurden und wo noch Klärungsbedarf besteht. Dabei bleibt die Situation in den Verhandlungen jedoch vage, wie die **Kleine Zeitung** berichtet. Am Montag oder Dienstag sollen sich die Hauptverhandler treffen, um über den aktuellen Stand zu diskutieren. Bereits jetzt wird über steuerliche Maßnahmen heftig debattiert, wobei die SPÖ Vermögenssteuern fordert, während die ÖVP entschieden dagegen ist.

Besonders kritisch ist das Budgetdefizit, das zwischen 15 und 23 Milliarden Euro angesiedelt wird. Wirtschaftsvertreter fordern, den Fokus nicht auf neue Steuern, sondern auf Ausgabensenkungen zu legen. Ein weiteres brisantes Thema ist eine mögliche Energiekonzernsteuer, die laut der **ORF** so gut wie beschlossene Sache sein soll. Zudem scheinen Fortschritte in den Bereichen Migration und Gesundheit erzielt worden zu sein. Hierbei sind Verbesserungen wie ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt sowie eine Überarbeitung der Sozialversicherungsreform im Gespräch, was für viele Bürger

von Bedeutung wäre.

Knackpunkt Budget

Der Umgang mit dem Budgetloch bleibt das Hauptanliegen der Verhandlungen. Während Karl Nehammer von der ÖVP Steuererhöhungen kaum ausschließt, betont er, dass Erbschafts- und Vermögenssteuern für ihn nicht zur Debatte stehen. Es geht darum, wie die Parteien die finanziellen Herausforderungen bewältigen können, ohne die Belastungen für die Bürger zu erhöhen. Der Wirtschaftsflügel der ÖVP drängt darauf, dass die Lösung des Budgetproblems nicht auf neuen Steuern basiert, sondern Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden, um die Wirtschaft zu entlasten und Wachstum zu fördern, so die **Kleine Zeitung**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at